

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Mündliche Frage Ausschuss I 08.05.2023

- **Frage Nr. 1323 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Audit Rechnungshof zur Industrie- und Gewerbegebietspolitik**

Im März dieses Jahres veröffentlichte der Rechnungshof ein Audit zur wallonischen Politik im Bereich der Industrie- und Gewerbegebiete. Durch die Kompetenzübertragung der Raumordnung ist die Deutschsprachige Gemeinschaft von den Überlegungen des Rechnungshofes im Bereich der Raumordnung und dem sparsamen Umgang mit Boden genauso betroffen.

Hier gibt der Rechnungshof eine Reihe von Empfehlungen ab:

- Die über 20 Jahre alten Raumordnungsinstrumente, die die Entwicklung von Gewerbegebieten regeln, sollten überholt werden.
- Zur Verfügung stehende Flächen sollen transparenter und zentralisierter beworben und der Bedarf regelmäßig und vorausschauend ermittelt werden.
- Politik soll sich die juristischen Möglichkeiten geben, um Leerstand (Flächen oder Immobilien) zu aktivieren und somit den bereits erschlossenen Raum effizienter zu nutzen.
- Das Potenzial von Sanierungsstandorten soll erfasst werden, damit diese Flächen oder Immobilien auch gewerblich erneut frei genutzt werden können.
- Bei nachhaltiger Infrastruktur soll verstärkt nach geteilten Dienstleistungen und Infrastruktur für mehrere Unternehmen gestrebt werden.

Letztendlich handelt es sich dabei um Überlegungen, die die ECOLO-Fraktion im PDG immer wieder in die Diskussion um die Raumordnungsreform eingebracht hat.

Angesichts dieser Feststellungen des Rechnungshofes, die auch die DG betreffen, habe ich folgende Fragen an Sie, Herr Minister:

1. Wie gedenken Sie die Empfehlungen (Bewerbung der zur Verfügung stehenden Flächen und Immobilien, regelmäßige Bedarfsermittlung, Aktivierung von Leerstand, Potenzial der Sanierungsstandorte, Verdichtung und gemeinschaftliche Nutzung von Infrastruktur und Dienstleistungen) in der DG umzusetzen?
2. Inwiefern wird die von ihnen angekündigte Industrie- und Gewerbeflächenstrategie¹ diese Lehren berücksichtigen?
3. Welche Akteure sollen neben den Gemeinden bei der Erarbeitung der im Rahmen der Gewerbeflächenstrategie genannten Mustergewerbegebiete noch beteiligt werden?

¹ https://pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-4891/8665_read-69209/

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

- **1323. Antwort des Ministers Antoniadis auf die Frage von Herrn MOCKEL (ECOLO) zum Audit Rechnungshof zur Industrie- und Gewerbegebietspolitik**

Die Empfehlungen im Bericht des Rechnungshofes zur Industrie- und Gewerbebezonenpolitik sind mir bekannt.

Ähnliche Inhalte lassen sich in den bisherigen Arbeiten zu der neuen Raumstrategie als auch im von mir anvisierten Industrie- und Gewerbeflächenkonzept wiederfinden.

Auch ich bin der Meinung, dass die bisherigen Instrumente der Raumplanung veraltet sind.

Deshalb arbeiten wir innerhalb der Vision Ostbelgien Leben 2040 an neuen Instrumenten und an juristischen Mitteln.

Das ist allerdings eine sehr komplexe Arbeit, bei der sehr viele Fragen sich stellen, die wir nicht allein beantworten können.

Deshalb werden die Gemeinden, Interessenverbänden, Berufsgruppen und Experten aus dem In- und Ausland in die Erarbeitung der Phase 3 der Reform der Raumordnung eingebunden.

Komplex bleibt die Frage allerdings auch deshalb, weil die Wallonische Region ebenfalls in eine Reform der Instrumente eingebunden werden und in einigen Fällen ihr Einverständnis geben muss.

Schließlich ist die Wallonische Region weiterhin in Umwelt-, Energie- und Mobilitätsfragen zuständig.

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Und das gilt auch für die Land- und Forstwirtschaft und für viele weitere Bereiche.

Der intelligente Flächenverbrauch in Industrie- und Gewerbebezonen im Sinne der Nachhaltigkeit ist ein oberstes Ziel unseres neuen Konzepts, wie ich es hier im Parlament bereits erwähnt habe.

Darunter soll selbstverständlich auch die sinnvolle Verdichtung verstanden werden.

Die gemeinschaftliche Nutzung von Infrastruktur, die im Bericht des Rechnungshofs ebenfalls erwähnt wird, ist auch eine Piste, die wir ebenfalls erkannt haben.

Auch die sogenannten Energiegemeinschaften sind ein interessanter Lösungsansatz, aber wie bereits der Rechnungshof bemerkt, wartet man immer noch auf das Inkrafttreten der gesetzlichen Grundlage der Wallonischen Region diesbezüglich.

Hier ist unser Einfluss begrenzt, da es sich um die Energiekompetenz handelt – was meiner Meinung nach immer mehr zum Knackpunkt in Fragen der Energie- und Wärmewende wird.

Fraglich bleibt die Bereitschaft von Unternehmen, die sich bereits niedergelassen haben, in eine neue, gemeinschaftliche Infrastruktur zu investieren.

Sie stehen aktuell unter dem Druck der Preissteigerungen im letzten Jahr.

Dennoch werden auch diese Aspekte in unserem Konzept untersucht, genauso wie der Verbrauch von Sanierungsstandorten.

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Anstatt neue Flächen zu versiegeln, ist es in der Tat interessant, schon versiegelte Flächen wie Sanierungsstandorte, die laut Gesetzgebung in Gewerbegebiete umgewidmet werden können, zuerst in Betracht zu ziehen.

Doch wie der Bericht erwähnt, nur die wenigsten Sanierungsstandorte kommen aufgrund ihrer Lage, Größe, Ausrüstung, Verseuchungszustand und vieles mehr als angemessene Flächen für Gewerbegebiete in Frage.

Nichtsdestotrotz werden wir bei der eventuellen Untersuchung der bestgeeigneten Standorte für Industrie- und Gewerbegebiete ebenfalls Sanierungsstandorte als potenzielle Flächen berücksichtigen.

Zu diesem Thema als auch bezüglich der transparenten Bewerbung der Flächen werden wir weiterhin in enger Zusammenarbeit mit der SPI stehen.

Der Bericht bemerkt, dass die SPI, die Wirtschaftsförderungsagentur der Provinz Lüttich, zum Thema Transparenz der Angebote bereits mit gutem Beispiel vorangeht.

Als anerkannter und erfahrener Akteur im Bereich der Gewerbegebietsentwicklung wird die SPI logischerweise ein wichtiger Ansprechpartner für die Erstellung unseres Gewerbeflächenkonzepts sein.

In diesem Rahmen werden wir ebenfalls die vorausschauende und regelmäßige Bedarfsanalyse vertiefen.

Neben der SPI werden wir zahlreiche, andere Akteure und Fachexperten in der Erstellung des Gewerbeflächenkonzepts und des von mir angekündigten Mustergewerbegebiets einbeziehen.

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Zusätzlich zu den Gemeinden und Mitarbeitern des Ministeriums werden Vertreter der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgiens, des Wirtschafts- und Sozialrats Ostbelgiens, des Arbeitgeberverbands AVED beteiligt.

In Anwesenheit von Fachexperten wird ebenfalls ein Austausch mit regionalen Interessenvertretern aus Industrie, Gewerbe, Handel und Handwerk stattfinden.

Die Arbeiten zur Aufstellung des Gewerbeflächenkonzepts haben bereits begonnen.

Es wird anvisiert, bis September 2023 die Grundprinzipien und das Mustergewerbegebiet anhand der erwähnten Untersuchungen und Gesprächen zu erstellen.

Bis Dezember dieses Jahres soll das Konzept ausgearbeitet und fertiggestellt sein.

Danach werden angemessene Standorte, die diesem Konzept entsprechen, DG-weit gesucht.

Zusammenfassend kann ich bestätigen, dass die Analysen und Schlussfolgerungen des Rechnungshofes keine Widersprüche zu unseren eigenen Erkenntnissen darstellen.

Wir werden dennoch diesen Bericht bei der künftigen Bearbeitung unserer Vision und unseres Konzepts berücksichtigen.